# Frankreich

CHRISTIAN LEQUESNE

1987 dauerte die Zusammenarbeit zwischen dem sozialistischen Staatspräsidenten und dem bürgerlichen Premierminister, die sogenannte Kohabitation, an. Angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen lag es weder im Interesse von Präsident François Mitterrand noch von Premierminister Jacques Chirac, die sich für dieses Amt zur Wahl stellen wollten, in der Führung der Staatsgeschäfte uneins zu erscheinen. Die Kohabitation führte in der politischen Debatte wieder zu einem „Konsensus", der in der Öffentlichkeit Anklang fand. Sie endete am 8. Mai 1988, mit der Wiederwahl Mitterrands (54,0%) über Chirac (45,9%). Einer der Nachteile der Regierungsmehrheit schien von der Unfähigkeit herzurühren, im ersten Anlauf einen einzigen Kandidaten zu präsentieren, da Raymond Barre, vormals Premierminister unter Valerie Giscard d'Estaing, ebenfalls kandidierte. Er erhielt weniger Stimmen (16,5%) als Chirac, rief jedoch die Wähler zu dessen Wahl im zweiten Wahlgang auf. Die andere Besonderheit der Wahl war der hohe Stimmenanteil (14,4%) des Kandidaten der extremen Rechten, Jean-Marie Le Pen. Der kommunistische Kandidat, A. Lajoinie, erreichte ein mittelmäßiges Ergebnis (6,7%), das den schrittweisen Niedergang der Kommunistischen Partei Frankreichs in den letzten Jahren bestätigte.

Die Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaft wurden 1987 gemeinsam vom Präsidenten der Republik, Mitterrand, und dem Premierminister Chirac verfolgt. Gab das Anlaß zu ausgesprochenen Streitigkeiten in dem Moment, wo die Vorschläge Delors die ganze Konzentration auf die Fragen der Zukunft der Gemeinschaft erforderten? Wie läßt sich erklären, daß die Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes die Öffentlichkeit so stark mobilisierte, daß dieses Thema für die Präsidentschaftswahl entscheidend wurde? Welche Bedeutung hat schließlich für Frankreich der Dialog mit Bonn, bei dem der 25. Jahrestag des deutsch-französischen Vertrags Gelegenheit zu institutionellen Erneuerungen geben sollte?

### *Der Binnenmarkt: ein Kriterium bei der Präsidentschaftswahl?*

Die Wahlprogramme der drei Kandidaten, die im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 24. April 1988 an der Spitze lagen – Mitterrand (34,1%), Chirac (19,9%) und Barre (16,5%) – stellten alle die Verwirklichung des Binnenmarktes als eine der großen Prioritäten für die kommende siebenjährige Regierungsperiode dar. Verglichen mit den anderen Mitgliedstaaten erstaunte der

Umfang der französischen Debatte. Der Hinweis auf den Binnenmarkt – meistens allein durch die Jahreszahl „1992" symbolisiert – in der Wahlkampagne spiegelte den den Kandidaten auferlegten Zwang wider, gleichzeitig auf die Befürchtungen und die Hoffnungen der Franzosen einzugehen. Die Befürchtungen ergeben sich aus der langen Tradition des wirtschaftlichen Interventionismus, die den Franzosen die Vorstellung der völligen Öffnung ihres Marktes für die Konkurrenz aus der Gemeinschaft wenig vertraut macht. Das Defizit in der Handelsbilanz (1986: 7,9 Mrd. Dollar, 4,7 Mrd. Dollar allein gegenüber der Bundesrepublik) verstärkte die Besorgnis, daß die Disparitäten im großen Markt aus Mangel an ausreichender Wettbewerbsfähigkeit verstärkt werden. Die Hoffnungen zeugen von einer neuen Bewußtseinsbildung, insbesondere in Wirtschaftskreisen, daß die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs sich immer weniger auf die nationalen Impulse beschränken kann. Die Integration im Schoß eines europäischen Binnenmarktes wird außerdem als bestes Mittel gesehen, sich gegenüber bestimmten Drittländern zu schützen, etwa den Vereinigten Staaten von Amerika oder Japan. Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland wird die Errichtung äußerer Schranken um den Binnenmarkt in Frankreich als notwendig erachtet.

Die Begeisterung für „1992" deutet auf eine weitere Charakteristik der politischen Kultur Frankreichs: dem Willen, der wirtschaftlichen Modernisierung des Landes zu begegnen, wenn sie fällig und herausgefordert wird. Man kann sich fragen, in welchem Ausmaß die Vorbereitungen für „1992" sich dem annähern, was, wenigstens bis zum Ende des Gaullismus, die „Planerfüllung"[1] war. Dieser kollektive Wille, die Wirtschaft auf ein zeitliches Ziel hin zu steigern, sei es größtenteils willkürlich und symbolisch, findet sich wieder. Die Neuerung liegt nur in der Verlagerung der Problematik von der nationalen Ebene auf die europäische Ebene[2].

Besonders ab 1983/84 hat sich das europäische Image Mitterrands bestätigt. Diese Jahre stimmen mit der Abkehr der sozialistischen Regierung von einer dirigistischen Wirtschaftspolitik überein, die sich oft im Widerspruch mit den Grundsätzen der Römischen Verträge befand, und mit der vermittelnden Tätigkeit der französischen Präsidentschaft in der Regelung des strittigen Landwirtschaftsbudgets beim Europäischen Rat von Fontainebleau am 25. und 26. Juni 1984.

In seinem „Brief an alle Franzosen", einer Art bilanzierendem Programm, das einige Wochen vor den Wahlen in den wichtigsten Zeitungen veröffentlicht wurde, widmete Mitterrand der Europäischen Gemeinschaft lange Passagen. Er appellierte „an den nationalen Willen, im Sinne der Größe, an unsere Einigungsfähigkeit im Dienst der großen Sachen, von denen Europa eine ist". Die Konstruktion Europas wird von einem expliziten Hinweis auf die nationale Größe begleitet, was in einer Rede eines deutschen Bundeskanzlers wohl nie geschehen würde. Alfred Grosser betont, daß die französischen Präsidenten niemals Schwierigkeiten in der „ständigen doppelten Bejahung der Europäischen Ge-

meinschaft und der nationalen Unabhängigkeit"[3] gesehen haben. Bleibt die „Größe Frankreichs" auch ein obligatorisches Thema der Reden der Präsidenten, so hat Mitterrand – ebenso wie Giscard d'Estaing und Georges Pompidou vor ihm – doch ein stärkeres Bewußtsein von den Grenzen und Beschränkungen dieser Größe. Wie sehen Mitterrands konkrete Vorschläge zugunsten der Europäischen Gemeinschaft aus? Der Präsident, der im Februar 1986 die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte unterstützte, zeigte sich der Verwirklichung des Binnenmarktes gewogen. Dieser Binnenmarkt dürfe sich jedoch nicht auf die alleinige Realisierung der vier Freiheiten beschränken. Der „Brief an alle Franzosen" verdeutlichte, daß „die neuen Politiken (Forschung, Kultur, Umwelt, sozialer Zusammenhalt) zu den bestehenden Politiken hinzukommen". In der sozialdemokratischen Tradition findet sich diese Notwendigkeit wieder, die Gesetze des Marktes durch distributive Politik auszugleichen. In Währungsfragen blieb Mitterrand vage: „Die Verwandlung des ECU in eine wahre Währungsreserve, die sich neben den anderen internationalen Währungen behaupten kann und die eines Tages von einer Zentralbank verwaltet wird, wird sich als notwendig erweisen." Von März 1986 bis April 1988 entschied sich Chirac in seiner Eigenschaft als Premierminister in der Kohabitation, sich in die Kontinuität der Europapolitik der vorangegangenen Regierung einzureihen. Obwohl er der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte und der letzten Erweiterung kritisch gegenübergestanden hatte, als er in der Opposition saß, nahm Chirac 1986 diese Errungenschaften nicht zurück. Seine Haltung folgte der Logik einer Öffnung der Gaullisten (Rassemblement pour la Republique, RPR) hin zu dem Modell eines liberalen Europas seit der Mitte der achtziger Jahre[4].

Chiracs Ausführungen über Europa sind völlig auf den Termin 1992 ausgerichtet. Die Gaullisten erhoben „1992 erfolgreich sein" zu einem Wahlslogan, auf den Chirac sich dauernd bezog. Sein Engagement zugunsten des Binnenmarktes bestand vor allem darin, die Wirtschaft Frankreichs an die neuen Erfordernisse der Konkurrenz anzupassen: „Der einheitliche Markt ist eine Chance . . . Aber diese Chance wird nicht allen zum Vorteil gereichen, sondern nur den besten. Daher müssen wir uns im Interesse unseres Landes ohne Unterlaß darauf vorbereiten."[5] Chirac wollte damit hauptsächlich die industriellen Kreise ansprechen, besonders die kleinen und mittleren Unternehmen. Ein anderer Teil der Wählerklientel von Chirac waren die Landwirte. Von März 1986 bis April 1988 konzentrierte der Premierminister daher seine europäischen Anstrengungen größtenteils auf die Gemeinsame Agrarpolitik.

Da Barre von 1967 bis 1972 als Vizepräsident der Kommission amtierte, besitzt er interne Kenntnisse der Gemeinschaftsmaschinerie. Obwohl er sich als über den „Mikrokosmos" der „stümperhaften Politik" erhabener Kandidat verstand, genoß Barre die Unterstützung der liberalen und zur Mitte gehörigen Parteien (Republikanische Partei, Zentrum der Sozialen Demokraten, Radikale Partei), die sich seit 1978 zur Union für die Französische Demokratie (UDF) zusammengeschlossen haben. In ihrer Gesamtheit waren alle diese Parteien für die Errich-

tung Europas. Im Gegensatz zu Mitterrand und Chirac vermieden Barrs Vorschläge zu Europa häufig rasche Begeisterung, in Übereinstimmung mit der Strategie des politischen Marketings, das sich Barre in seiner Kampagne auferlegt hatte: sich selbst als Experten darzustellen, der mit der Stimme der Mäßigung und der Vernunft spricht. In Metz stellte Barre am 13. Februar 1988 seine „Sieben Vorschläge für eine europäische Konföderation"[6] vor. Zwei Hauptthemen lassen sich daraus entnehmen: die Währung und die Verteidigung. In Währungsfragen zeigte Barre sich vorsichtig. Er zieht „die Koordination der Aktionen der Zentralbanken" und „eine weitreichende Verwendung des ECU" der Schaffung einer europäischen Bank und Währung vor. Sein Plan für die Wirtschaft unterstützte dennoch die Verwirklichung des Binnenmarktes. Übrigens war Barre der Kandidat, der am deutlichsten auf einigen technischen Anpassungen bestand – wie die Reform des Steuerwesens –, die die Verwirklichung des Binnenmarktes mit sich bringt. Sein Einsatz zugunsten eines „europäischen Verteidigungspfeilers" wirkte angesichts der in Frankreich allgemein – von rechts bis links – auf diesem Gebiet vertretenen Thesen wenig originell: die Aufrechterhaltung einer autonomen Atommacht sollte mit einer Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und einer Entwicklung der ungenutzten Kapazitäten der WEU einhergehen, mit dem Ziel des Aufbaus einer europäischen Verteidigung.

Die Europäische Gemeinschaft war über den Binnenmarkt in der gesamten Präsidentschaftskampagne spürbar und war nicht Gegenstand deutlicher ideologischer Unterschiede zwischen den drei großen Kandidaten. Erstmals erschien die Gemeinschaft als tragendes Thema. Eine Umfrage „IPSOS-Le Monde" vom 25. und 26. Mai 1988 zeigte, daß die Wahldebatten hinsichtlich der Konstruktion Europas am nützlichsten waren, da sie die persönliche Information von 42% der befragten Personen bereicherten[7].

Hat die Übereinstimmung bezüglich Europas zu Stimmengewinnen für Le Pen geführt? Im wesentlichen Zeichen einer Protesthaltung sind die 14,4% der Stimmen für Le Pen im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen mit verschiedenen Faktoren zu erklären. Die Motive der Wähler sind hauptsächlich in der wirtschaftlichen Krise und ihren Folgen wie der Arbeitslosigkeit (1987 11,2% der Erwerbspersonen) und dem Gefühl des Ausgeschlossenseins zu suchen. Diese Tatsachen verschaffen jedoch keine ausreichende Erklärung. Die Bezeichnung der Einwanderung – besonders aus dem Maghreb – als ein „absolutes Übel" entspricht dem bekannten Schema des Sündenbocks, der in Krisenzeiten die Aufgabe hat, die Ängste eines Teils der nationalen Gemeinschaft zu entlasten. Die bevorzugten Redethemen von Le Pen blieben die Ablehnung des „Niedergangs Frankreichs", die Verherrlichung des Nationalen und der Widerstand gegen die fremden „Eindringlinge". Sie beruhigten vor allem eine Wählerschaft, die aus verschiedenen Gründen ihre nationale Bestimmung bedroht sieht. Wahrscheinlich hat die ideologische Annäherung der drei Hauptkandidaten zugunsten eines Europas mit offeneren Grenzen Le Pen Stimmen zugetragen. Durch die Übertreibung der Idee eines souveränen Frankreichs hat die Nationale Front sich ei-

ner politischen Stellung bemächtigt, die lange Zeit von den Kommunisten ausgefüllt wurde.

*Kohabitation und Europapolitik: wer entscheidet?*

Bei der Kohabitation stellte sich die Frage nach der Kohärenz der französischen Diplomatie. Die auswärtigen Angelegenheiten, verstanden als ein dem Präsidenten der Republik „vorbehaltener Bereich", stellten sich zu sehr als eine Karikatur heraus. Seit 1958 war der Premierminister niemals völlig von den Vorgängen der Außenpolitik befreit oder auf die Rolle des bloß Ausführenden beschränkt. Dennoch erlaubte er sich keine gesonderten Initiativen, die in Opposition zum Willen des Präsidenten standen oder von ihm unabhängig waren. Mit der Kohabitation schienen die Gegebenheiten verändert, denn die Vorstellung von der hierarchischen Unterordnung des Premierministers unter den Präsidenten der Republik verschwand. Seit März 1986 gab Chirac seine Präsenz auf der internationalen Bühne zu verstehen und umgab sich mit einer Mannschaft diplomatischer Ratgeber, die tüchtiger als die seiner Vorgänger waren. Das unvermeidliche Gleiten der Entscheidungsgewalt in Richtung Matignon, dem Amtssitz des Premierministers, geschah jedoch keinesfalls restlos. Es ist nicht leicht, einen Präsidenten der Republik „auszutrocknen", der regelmäßig daran erinnert, daß die Verfassung ihm ausdrückliche Befugnisse in Fragen der Außenpolitik und der Verteidigung überträgt und der darüber hinaus über Anhänger innerhalb der Verwaltung verfügt.

Die Außenpolitik und die Verteidigung sind Gegenstand einer faktischen Aufteilung der Einflußsphären zwischen Präsident und Premierminister. In einem Versuch der Typologie unterscheidet Samy Cohen drei Bereiche[8]: den des Präsidenten der Republik, den des Premierministers und den einem gemeinsamen Management unterliegenden. In diese dritte Kategorie gehören die Angelegenheiten der EG. Zwar überwachen die Dienste des Premierministers die administrative Koordination der Vorgänge, doch ist das Eingreifen des Präsidenten der Republik nicht zur vernachlässigen. Mehrere Spitzenbeamte, die an strategischen Plätzen postiert sind, wachen über die gute Information des Staatschefs. Außerdem hütet Mitterrand seine Stellung als französischer Delegationschef bei den Sitzungen des Europäischen Rats. Allerdings gebührt dem Premierminister – und nicht mehr dem Außenminister – das Vorrecht, an seiner Seite zu sitzen. Die Gemeinschaftspolitiken gaben 1987 keinen Grund zu ernsthafteren Spannungen zwischen Elysee und Matignon, aber es wurden nicht immer dieselben Prioritäten gesetzt. Der Premierminister konzentrierte seine Tätigkeit zum großen Teil auf die Gemeinsame Agrarpolitik, was den Präsidenten der Republik dazu veranlaßte, an seine Unterstützung für die Entwicklung anderer Politiken zu erinnern. So hielt Mitterrand im Frühjahr 1987 den finanziellen Schiedsspruch des Premierministers über das „Gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung 1987–1991" für zu knauserig. Die reservierte Einstellung der Regierung zum ERASMUS-Programm kritisierte

er gleichfalls. In einem klassischen konstitutionellen System kann der Präsident seine Ansichten einfach dem Premierminister aufzwingen. Die Kohabitation machte die Angelegenheit weniger bequem und erforderte den Rückgriff auf „Taktik" von Seiten des Elysee. Beim Rahmenprogramm für Forschung und Technologie setzte Mitterrand im wesentlichen auf die Unterstützung einiger Regierungsmitglieder, wie etwa Bernard Bosson, mit europäischen Angelegenheiten beauftragter Minister, um die Positionen des Matignon zu verändern. Bei ERASMUS benutzte er die Strategie der öffentlichen Rede zur Verdeutlichung seines Standpunktes. Anläßlich des dreißigsten Jahrestages der Römischen Verträge am 25. 3. 1987 rief Mitterrand dazu auf, „die Jugend in den Wissensdisziplinen in den Universitäten ihrer Wahl" auszubilden[9]. Überwogen insgesamt auch Vernunft und Besonnenheit in der Behandlung der Fragen, so äußerte sich die Kohabitation manchmal in einem Energieverlust, aufgrund der versteckten Listen, der ständigen Kompromisse zwischen den zwei Hauptdarstellern. Tatsächlich näherte sich das französische Entscheidungssystem – traditionell vertikal und starr – dem der Koalitionsregierungen wie in Deutschland oder Italien an.

*Die Antworten auf das „Delors-Paket"*

1987 war Frankreich wie die anderen Mitgliedstaaten bestrebt, seine Positionen zu den im „Delors-Paket" enthaltenen Reformen zu bestimmen: der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Zukunft der Eigenmittel und dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt.

Im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik begann das Jahr 1987 mit dem Widerstand der Franzosen gegen die Schaffung neuer Währungsausgleichsbeträge in der Folge der Neufestsetzung der Wechselkurse innerhalb des Europäischen Währungssystems am 12. Januar 1987 (Aufwertung der DM und des niederländischen Gulden um 3%, des belgisch-luxemburgischen Franc um 2%). Im Landwirtschaftsrat vom 20. und 21. Januar 1987 verlangte der französische Minister François Guillaume, daß die neuen negativen Währungsausgleichsbeträge für eine Anzahl von Produkten nicht angewandt werden: Eier, Geflügel und Schweinefleisch. Außer wirtschaftlichen Motiven machte Guillaume Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geltend: die Aussicht auf gewalttätige Kundgebungen im Westen Frankreichs, der seit mehreren Jahren von der „Schweinekrise" betroffen ist. Die Forderung Frankreichs nahm rasch die Form eines Konfliktes mit der Bundesrepublik Deutschland an, der vorgeworfen wurde, am meisten von einem System der Ausfuhrsubventionen zu profitieren. Dank der Vermittlung der italienischen Delegation wurde ein Kompromiß erzielt. Entgegen den französischen Wünschen wurden negative Währungsausgleichsbeträge verwendet. Dafür wurden die Währungsausgleichsbeträge für Schweinefleisch stufenweise abgeschafft: 0,5% im Februar 1987, 1% im April 1987. Das Problem der Währungsausgleichsbeträge belastete die deutsch-französischen Beziehungen bis zum Europäischen Rat von Brüssel am 29. und 30. Juni 1987, bei dem Einigkeit über die Verringerung der alten positiven Währungsausgleichsbeträge und

ein Verfahren zur stufenweisen Abschaffung der zukünftigen Währungsausgleichsbeträge erzielt wurde.

Die Kommissionsvorschläge zur Verstärkung der Stabilisatoren im Agrarbereich durch die Einführung von Garantieschwellen für eine bestimmte Anzahl von Produkten (Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen) wurden nicht zurückgewiesen[10]. „Wir befürworten ein Meistern der Ausgaben, und dies wird durch die Einführung der Stabilisatoren erreicht[11]", erklärte Bosson am 19. Oktober 1987.

Paris akzeptierte den Gedanken einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Sinne von Haushaltsdisziplin und gab damit seine lang anhaltende defensive Haltung auf. Die französische Zustimmung erklärte sich aus der Art der Kommissionsvorschläge, die nicht eine Ausweitung des Quotensystems anstrebten – so wie es im Milchsektor besteht –, sondern die Einführung einer Regelung über die Preise. Das System der „Höchstmengengarantie" kommt einem Verschleudern gleich, das den leistungsstärksten Produzenten erlaubt, den Markt dank einer Steigerung ihrer Produktivität zu überschwemmen. Aufgrund ihrer Wettbewerbsfähigkeit hinsichtlich Produktion und Export – besonders auf dem Getreidesektor – wurde die französische Landwirtschaft von dem vorgeschlagenen System nicht am meisten benachteiligt. Die Prozentsätze der Preissenkungen im Falle des Überschreitens der Garantiemengen gaben Anlaß zu Diskussionen, denn die Festsetzung der Schwelle bei 15% bzw. 20% für bestimmte Produkte (Raps, Sonnenblumen, Sojabohnen) schien inakzeptabel. Beim Landwirtschaftsrat vom 23. und 24. November 1987 schlug der französische Minister vor, daß die automatische Preissenkung bei Überschreiten einer Höchstmengengarantie im Verlauf des Wirtschaftsjahres korrigiert werden könne. Ebenso unterbreitete er eine Alternative zu dem Vorschlag der Flächenstillegung, nämlich eine Erhaltung der Oberfläche in Form von Weidenutzung, die Grünbrache. Beim Sondergipfel von Brüssel am 12. und 13. Februar 1988 bestand Chirac vor allem auf der Durchsetzung der erhöhten „Höchstmengengarantie" für Getreide (160 Mio. Tonnen anstatt der von der Kommission vorgeschlagenen 155 Mio. Tonnen).

Der Vorschlag der Kommission, den Gesamtplafond der Eigenmittel, die von der Gemeinschaft herangezogen werden können, auf 1,4% des BSP – und nicht mehr der Mehrwertsteuer – festzusetzen, wurde von Paris zunächst reserviert aufgenommen. „Frankreich befindet sich in einer wichtigen Anstrengung zur Sanierung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage . . . und jede Aussicht auf eine massive Steigerung der europäischen Ausgaben, sei sie auch noch so gerechtfertigt, wird mit einigen Bedenken untersucht", erklärte Chirac[12]. Die Regierung widersetzte sich nicht dem – nicht beibehaltenen – Vorschlag für eine vierte Einnahmequelle in der Form der Differenz zwischen dem BSP und 1,4% der Mehrwertsteuer. Die vom Europäischen Rat am 12. und 13. Februar 1988 angenommene Lösung mit 1,3% des BSP in Verpflichtungsermächtigungen erschien Chirac akzeptabel. Der Vorschlag der Verdoppelung der tatsächlichen Mittel der Strukturfonds bis 1993 wurde anfangs als zu hoch betrachtet. Beim Europäischen Rat von Kopenhagen sprach Chirac sich für eine Erhöhung um 50%

aus. Doch im Rahmen des in Brüssel am 13. Februar 1988 präsentierten Pakets wurde die Verdoppelung der Mittel der Strukturfonds – ebenso wie die Beibehaltung des Ausgleichsmechanismus für Großbritannien – im Gegenzug zur Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik akzeptiert, die bei weitem als das wesentliche Element der französischen Interessen erschien.

*Die Verstärkung des privilegierten Dialogs mit Bonn*

Das Bestehen einer privilegierten Beziehung zu Bonn wird in der französischen Öffentlichkeit sehr positiv beurteilt. Man braucht sich nur die Umfragen anzusehen, um sich zu überzeugen, daß das „Deutsch-Französische" wertsteigernd im Sinne von Macht und Popularität für die politischen Führungskräfte wirkt. Die Kohabitation demonstrierte dies ganz deutlich. Dieser Bereich, der traditionell dem Präsidenten der Republik zusteht, gab Anlaß zur Konkurrenz mit dem Premierminister. Der Höhepunkt der gegenseitigen Überbietung war mit dem Gipfeltreffen von Karlsruhe am 12. und 13. November 1987 erreicht, als die Dienste des Elysee und die des Matignon sich die Urheberschaft der Idee des „Wirtschafts- und Finanzausschusses" streitig machten[13]. Nicht zufällig schlug die französische Regierung mit Blick auf den 25. Jahrestag des Elysee-Vertrages, der am 22. Januar 1988 gefeiert wurde, 1987 die Errichtung zweier gemeinsamer Gremien vor: einen Verteidigungs- und Sicherheitsrat und einen Wirtschafts- und Finanzrat. Die privilegierte Beziehung zu Bonn blieb auf die Verbesserung in zwei Bereichen ausgerichtet: die Verteidigung und die Zusammenarbeit in Währungsfragen.

Das 1987 gemeinsam auf dem Gebiet der Verteidigung Verwirklichte wurde begrüßt. Der von Bundeskanzler Kohl am 19. Juni 1987 vorgelegte Vorschlag zur Schaffung einer gemeinsamen Brigade wurde weniger als unabdingbare Einrichtung betrachtet als vielmehr ein Symbol des Willens zum Fortschritt auf militärischem Gebiet. Er reihte sich in den Rahmen einer Reihe von konkreteren Bekundungen und Annäherungen ein: das erste Seminar höherer französischer und deutscher Offiziere in Paris vom 6. bis 10. Juli 1987[14], die nach zehnjährigen Verhandlungen erreichte Übereinkunft vom 12. November 1987 über die gemeinsame Konstruktion eines Kampfhubschraubers und vor allem das Manöver „Kekker Spatz" vom 19. bis 26. September 1987 in Bayern, an dem 55 000 deutsche und 22 000 französische Soldaten beteiligt waren. Am Ende dieser Übungen schlug Mitterrand einen „Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit" vor, der mit der Erstellung einer gemeinsamen Strategie betraut sein sollte. 1987 erfolgten einige Versuche zur Klärung der Beziehung zur Bundesrepublik. Am 19. Dezember 1987 erklärte Chirac, daß es „nicht eine Schlacht von Deutschland und eine Schlacht von Frankreich geben würde" und „daß Frankreich das Territorium seiner Nachbarn nicht als Vorfeld betrachten könne"[15]. Allerdings sagte er nicht, daß der französische Schutz automatisch an der Elbe anfangen würde. Die deutschen Befürchtungen über den Einsatz von „Waffen unterhalb der strategischen Grenze" auf dem eigenen Boden wurden in den politischen Aussagen von

Mitterrand und Chirac berücksichtigt. Namentlich bestanden sie auf das Ansatzstück der „Hades"-Raketen (450 km), die 1992 die „Pluton"-Raketen (120 km) ersetzen sollen. Anläßlich seines Besuchs der Bundesrepublik im Oktober 1987 äußerte Mitterrand, daß nichts erlauben würde zu bestätigen, daß die ultimative atomare Warnung Frankreichs notwendigerweise auf deutschem Boden niedergehen würde. Eine zweideutige Bemerkung, aber doch eine, die im Falle einer Krise in Europa einen Einsatz Frankreichs eher auf Seiten der Bundesrepublik impliziert, am Rande oder im Innern der Atlantischen Allianz. Schließlich muß noch Frankreichs Unterzeichnung der Plattform der Sicherheitsinteressen der WEU[16] vom 27. Oktober 1987 erwähnt werden, womit es seine „Entschlossenheit, jeden Mitgliedstaat an seinen Grenzen zu verteidigen" bestätigte. Sicherlich ist Frankreich das Land Westeuropas, wo, sowohl auf der Ebene der Machthaber wie auf der der allgemeinen Öffentlichkeit, die Begeisterung über Gorbatschow am geringsten ist. Diese Einstellung erklärt sich aus einer allgemeinen Verhärtung der öffentlichen Meinung in bezug auf die Sowjetunion seit 1975; der Gulag und der sowjetische Expansionsdrang sind die Hauptthemen in der französischen Wahrnehmung und Diskussion, selbst zu der Zeit, wo sie anderswo verblassen[17]. Was die Strategie anbelangt, so halten die Franzosen weiterhin an dem traditionellen Gedanken eines Gleichgewichts fest. Damit läßt sich das Mißtrauen der Regierung gegenüber der doppelten Null-Lösung Anfang 1987 verstehen. Verteidigungsminister André Giraud nannte klare Einwände, ebenso wie Premierminister Chirac anläßlich seines Treffens mit Bundeskanzler Kohl in Straßburg am 3. Mai 1987. Im Gegenzug befürwortete Mitterrand sie während des deutsch-französischen Gipfels vom 21. und 22. Mai 1987, allerdings unter der Bedingung, daß die französische Atomkraft von jeglicher amerikanisch-sowjetischer Verhandlung ausgenommen wird. Die Regierung stellte über diese Position Einigkeit her. Das am 8. Dezember unterzeichnete Washingtoner Abkommen über die Mittelstreckenraketen (INF) wurde dennoch ohne große Begeisterung aufgenommen. Die amerikanisch-sowjetischen Initiativen zugunsten eines schrittweisen Abbaus der „Euromissiles" bestärkten in Frankreich gewiß den Glauben an eine „europäische Bestimmung" der Atommacht für die zukünftige Sicherheit des Kontinents und speziell der Bundesrepublik. Paris befindet sich in einem Dilemma: einerseits will es sich nicht vom neuen Ost-West-Dialog und der allgemeinen Anstrengung zur Verringerung der Waffen absondern, andererseits will es seine Unabhängigkeit und die Modernisierung seiner nuklearen Macht nicht gefährden, die als notwendige Voraussetzung zur Verwirklichung einer zukünftigen europäischen Verteidigung angesehen werden.

Die langfristige Errichtung dreier Währungszonen von vergleichbarer Gewichtung (ECU, Dollar, Yen) ist ein französischer Wunsch. Die Schaffung einer europäischen Zentralbank, die aus dem ECU eine wahre Reservewährung machen würde, wird stärker als in der Bundesrepublik favorisiert. Im Januar 1988 ließ der Wirtschafts- und Finanzminister E. Balladur seinen Kollegen in der Europäischen Gemeinschaft ein Memorandum zukommen, das auf eine Verstärkung des

EWS abzielte. Er schlug die Korrektur der gegenwärtigen „Asymmetrie" des Systems vor, „die nicht allen Teilnehmern dieselben Beschränkungen auferlegt"[18]. Angeregt wurden mehrere Maßnahmen: ein besseres Funktionieren des Divergenzindikators, eine Abänderung der Währungssatzung, nach der die Zentralbanken mit starken Währungen verfahren, die Einsetzung eines Indikatorensystems, das die Überwachung der Kohärenz der Wirtschaftspolitiken erlaubt, die Beteiligung des Pfund Sterling und der italienischen Lira an dem Wechselkursmechanismus zu den gleichen Regeln wie die anderen Währungen. Das Papier unterstreicht die Notwendigkeit, 1993 „eine Zone" zu errichten, „in der es eine gemeinsame zentrale Institution und föderale Banken in jedem Land gibt". Die französische Analyse neigte dazu, eine umfassende Verwendung des ECU durch die europäischen Zentralbanken in Betracht zu ziehen, aber auch weil die geschäftlichen Transaktionen der DM angesichts der unvorhersehbaren Fluktuationen des Dollars Erleichterung verschaffen würden. Bonn wurde verdächtigt, die europäische Solidarität nicht genügend ausspielen zu wollen und seine Vorbehalte hinter der Unabhängigkeit der Bundesbank zu verstecken. Die Beteiligung nicht nur der Finanzminister, sondern auch der Präsidenten der beiden Zentralbanken an dem neuen „Wirtschafts- und Finanzausschuß" wurde als positiver Schritt für die Zukunft des Dialogs betrachtet. Der Verdacht über die Zukunft des EWS wurde durch das positive Klima der Zusammenarbeit mit der Bundesbank anläßlich des Börsenkrachs vom Oktober 1987 abgeschwächt. Die konzertierten Maßnahmen infolge der Dollarschwäche, besonders bei der Bewirtschaftung der Zinsraten, wurden von Regierung und Presse befürwortet.

*Resümee*

1987 waren die Gemeinschaftsangelegenheiten Gegenstand der geteilten Kompetenz zwischen Mitterrand und Chirac. Trotz unterschiedlicher Prioritätensetzung bei einigen Fragen verursachte die Kohabitation keine wesentlichen Streitigkeiten. Angesichts des „Delors-Pakets" bestand die französische Sorge sehr deutlich darin, die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik zum Abschluß zu bringen. Der Einführung neuer Stabilisatoren („Garantieschwellen") wurde in dem Maß zugestimmt, in dem das vorgeschlagene System die Exportkapazität Frankreichs nicht durch eine auferlegte Produktionsminderung belastete. Die Vertiefung der Beziehungen mit der Bundesrepublik blieb eine wichtige Achse der Europapolitik Frankreichs. Trotz der Anstrengungen zur Klärung tat Frankreich sich schwer mit der Präzisierung der Bedingungen seines Beitrags zur Verteidigung der Bundesrepublik. Im Währungsbereich erwartete Frankreich von Bonn ein gesteigertes Engagement zugunsten einer Stärkung des EWS. Europa (vor allem in der Ausprägung „Binnenmarkt") erschien erstmals als tragendes Thema der Präsidentschaftskampagne vom April/Mai 1988, die mit der Wiederwahl Mitterrands endete.

## Anmerkungen

Übersetzung aus dem Französischen von Sabine Pag.

1 Siehe Pierre Baudet, Les plans dans l'économie francaise, Paris, Presses de la FNSP – Economica, 1986.
2 Der X. Plan, der sich über den Zeitraum 1989–1992 erstreckt, wurde vom Ministerrat am 28. März 1988 angenommen. Im Mittelpunkt steht die Verwirklichung des Binnenmarktes, und am 31. Dezember 1992 wird der Plan ablaufen.
3 Le Monde, 5. 5. 1988.
4 Siehe Francois de Saint Ouen, Le RPR est-il devenu européen?, in: Revue Politique et Parlementaire, Nr. 933, Januar/Februar 1988, S. 51–54.
5 Le Monde, 20. 4. 1988.
6 La Croix, 13. 2. 1988.
7 Le Monde, 29./30. 5. 1988.
8 Le Monde, 30./31. 3. 1988.
9 Le Monde, 27. 3. 1987.
10 Siehe Dok. KOM(87)410 und Dok. KOM(87)452.
11 Le Monde, 21. 10. 1987.
12 Le Monde, 4. 3. 1987.
13 Siehe Claire Trean, Le Monde, 23. 2. 1988.
14 Le Monde, 5./6. 6. 1987.
15 Rede vor IHEDN (Institut des Hautes Etudes Défense Nationale), 12. 12. 1987, siehe Défense Nationale, Januar 1988, S. 16.
16 Die „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen" ist abgedruckt als Dokument Nr. 2 in diesem Band; vgl. weiterführend auch Schmidt, Peter: Sicherheitspolitik in Westeuropa, in diesem Band.
17 Siehe Pierre Hassner, Un chef d'oeuvre en péril: le consensus francais sur la défense, in: Esprit, März/April 1988, S. 75.
18 Le Monde, 15. 1. 1988.

## Weiterführende Literatur

Duverger, Maurice: La cohabitation des Français. Paris 1987.

Hoffman, Stanley u. a. (Hrsg.): The Mitterrand Experiment. Cambridge 1987.

Montferrand, Bernard de: La France et l'Etranger. Paris 1987.

Portelli, Hugues: La politique en France sous la Vème République. Paris 1987.

Weisenfeld, Ernst u. Knipping F. (Hrsg.): Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland–Frankreich seit 1870. Bonn 1988.

La France en politique. Sonderausgabe März/April 1988 der Zeitschrift Esprit.